

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 489.11 / 13.09.2011

Investitionsrahmenplan 2011-2015 des Bundesverkehrsministeriums:

Landesregierung steht vor Scherbenhaufen

Zum Entwurf des Investitionsrahmenplans 2011 bis 2015 des Bundesverkehrsministeriums erklärt der verkehrspolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Andreas Tietze**:

Die Landesregierung steht vor einem verkehrspolitischen Scherbenhaufen: Im Entwurf für den Investitionsrahmenplan sind nur zwei Abschnitte der A20 enthalten. Für das Teilstück Wittenborn-Weede sind 140,6 Millionen Euro vorgesehen. Der Planfeststellungsbeschluss für die Strecke verzögert sich, während bereits heute feststeht, dass er beklagt werden wird. Der Abschnitt Hohenfelde-Sommerland im Kreis Steinburg steht mit Kosten von 79,3 Millionen Euro im Investitionsplan, macht aber verkehrlich überhaupt keinen Sinn: Ein sieben Kilometer langes Autobahnstück soll ohne eine Anbindung von Osten oder Westen ins freie Feld gebaut werden. Hier sollen wohl Fakten geschaffen werden - herauskommen wird eine Investitionsruine.

Für die A20-Abschnitte A7-Wittenborn, L 114-A7 sowie L 114-A23 sind keine Bundesmittel eingestellt worden. Für die Bauvorhaben der Landesregierung fehlt dem Bundesverkehrsminister schlicht und einfach das Geld. Selbst dieser abgespeckte Investitionsrahmenplan ist noch stark unterfinanziert. Deshalb fordert der Verkehrsminister so vehement die Einführung einer PKW-Maut, um seine Finanzspielräume zu erhöhen.

Wir fordern angesichts der Finanznot eine Generalrevision der verkehrspolitischen

Schwerpunkte. Es macht keinen Sinn, eine Vielzahl von Projekten zur Förderung beim Bund anzumelden. Wer glaubt denn ernsthaft, dass der Bund die komplette A20 mit Elbtunnel, die Hinterlandanbindung für die feste Fehmarnbelt-Querung, die A23, die A21, die Sechsspurigkeit der A7, die Elbvertiefung und dann noch den Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals bezahlt?

Schleswig-Holstein muss sich auf wenige Prioritäten festlegen. Die Wunsch-Dir-Was-Politik der Landesregierung ist am Ende. Für uns hat der Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals mit der fünften Schleusenkammer in Brunsbüttel die absolute Priorität.
